



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 23.01.2017

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzende/r:

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Mitglieder:

Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Hans-Peter Brenner
Stadtrat Otto Deeng
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

bis 20:00 Uhr

Stellvertreter:

Stadträtin Monika Holl

entschuldigt:

Stadträtin Gabriele Kübler

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 23.01.2017

Verwaltung:

Frau Appel, Amt für Gremien, Kommunikation und
Bürgerengagement
Frau Christ, Stadtplanungsamt
OV Imhof, Ortsverwaltung Rißegg
Herr Kopf, Hochbauamt
Frau Krug, Schriftführerin
Frau Länge, Ordnungsamt
Herr Maucher, Stadtplanungsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Frau Schneider, ABBS
Herr Stiehle, Tiefbauamt
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt

Gäste:

Herr Fritsche, Biko
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung
Frau Ratenow, Büro 365 Grad
Herr Seng, Büro 365 Grad

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Renaturierung Rißkanal	2016/112
2.	Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet	2016/102
3.	Vergabe von Turnusarbeiten für das Rechnungsjahr 2017	2016/098
4.	Parkraumbewirtschaftung im Maliweg und in der Schönfeldstraße - Einführung einer Bewohnerparkregelung und Parkscheinautomat - Kennzeichnung als Tempo 30-Zone	2016/116
5.	Baugebiet "Breite", Rindenmoos	2016/103
6.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Hauderboschen" - Billigung der Offenlage -	2016/106
7.	Erschließung Baugebiet Hauderboschen - Vorstellung Planung und Baubeschluss	2016/114
8.	Hochwasserschutz Stafflangen-Hofen	2016/095
9.	Neue Bemessungsgrundlage für die Unterhaltung der Straßen	2016/111
10.	Neubau Kindergarten Talfeld Vergaben 3	2016/107
11.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
11.1.	Bekanntgaben - Schadenhof	
11.2.	Bekanntgaben - Radweg Bachlangen	
11.3.	Bekanntgaben - Plakatierung beim Bader-Haus und in der Hindenburgstraße	
11.4.	Bekanntgaben - Vandalismus bei der Rathaustüre	

Die Mitglieder wurden am 13.01.2017 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 18.01.2017 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Renaturierung Rißkanal

2016/112

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/112 zur Kenntnisnahme vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr BM Kuhlmann Herrn Seng und Frau Ratenow vom Büro 365 Grad.

BM Kuhlmann erläutert, dass der etwa 800 m lange Hochwasserkanal der Riß 1932 angelegt wurde. Als Gewässer erster Ordnung befindet er sich im Zuständigkeitsbereich des Landes Baden-Württemberg. Das Land ist demnach auch Träger der Unterhaltungslast. Die Renaturierungsmaßnahme wird daher vom Land, vertreten durch das Regierungspräsidium Tübingen, durchgeführt.

Herr Seng stellt anhand von Plänen die aktuelle Planung im Detail vor. Er erklärt, dass einige Bäume gefällt werden, die Birkenallee bleibt jedoch bestehen.

StR Kolesch spricht seinen Dank für die wirklich kurze Einführung von Herrn Seng aus. Es ist ein schönes Projekt, noch schöner ist es, wenn andere die Maßnahme bezahlen. In diesem Fall ist dann das Land. Er möchte wissen, welche Kosten für die Stadt entstehen.

Außerdem möchte er Erläuterungen zum Thema Ökopunkte haben. Er möchte bestätigt haben, dass es keine Verschlechterung der Situation für die Anwohner gibt. Grundsätzlich sieht seine Fraktion die Maßnahme als positiv und sie geben ihre Zustimmung.

StR Keil erklärt, dass die SPD dafür gesorgt hat, dass die Renaturierung mit in das Stadtentwicklungskonzept hineingebracht wird. Daran sieht man, wie wichtig dieses Thema ist. Über die große Resonanz ist er sehr überrascht. Er erkundigt sich nach der Erlebbarkeit des Fuß- und Radweges in diesem Bereich. Außerdem möchte er Informationen zu den Ausläufen und zu der Fischtreppe.

StRin Gutermann und ihre Fraktion freuen sich auf die Planung und sind gespannt auf die Kosten. Sie wünscht gutes Gelingen.

StRin Sonntag spricht ihren Dank aus. Die Situation der Anlieger darf sich nicht verschlechtern. Sie findet einen zweiten Wasserspielplatz schön.

StR Braig ist der Ansicht, dass das starke Hochwasser von 2016 nicht durch die geplante Maßnahme verhindert werden kann. Die Bürger, die bereits Probleme haben mit Wasser im Keller, werden dies auch weiterhin haben. Er findet die Maßnahme „very nice, no function“. Er wundert sich, dass niemand Professor Nuding gefragt hat in dieser Sache. Dieser ist hier anderer Meinung. Er gehört hier nicht zu den Jublern.

Herr Seng beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Der Hochwasserschutz bedeutet viele Schritte. Durch die Maßnahme wird man es nicht schaffen, dass die Keller in Birkendorf trocken bleiben. Die Situation wird sich aber etwas verbessern. Die Durchgängigkeit der Begehbarkeit bleibt erhalten. Die Verwaltung kann an anderer Stelle effektiver Ökopunkte sammeln.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 23.01.2017

StRin Holl ist über den Standard hier froh. Die Schule ist in einem technisch guten Zustand. Hier zeigt sich, dass es besser ist, eigenes Personal zu verwenden, anstatt Fremdvergabe.

StRin Bopp hat eine Firma an Herrn Kopf verwiesen, die Gebäude in Holzständerbauweise erstellt. Sie möchte wissen, ob die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden. Außerdem stellt sie die Frage, ob das dreigeschossige Gebäude an der Ulmer Straße (Wohngebäude) geeignet für die Schule ist. Die Raumnot ist da. Sie gibt grundsätzlich ihre Zustimmung.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 2. Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet

2016/102

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/102 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Rechmann berichtet ausführlich über die Lichtsignalanlagen. Dies ist letztes Mal am 20. Mai 2010 passiert. Mit diesem Bericht soll das Gremium wieder über den aktuellen Sachstand sowie aktuelle Maßnahmen aus dem Bereich der Lichtsignalanlagen informiert werden.

Für die Verwaltung der Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet Biberach und im Teilort Mettenberg ist das Tiefbauamt zuständig. Neue Signalanlagen sowie Änderungen der Betriebszeiten an bestehenden Anlagen müssen vom Ordnungsamt angeordnet werden.

Herr Rechmann weist insbesondere auf den letzten Satz der Vorlage hin. Dort heißt es: „Es ist nicht immer möglich, gleichzeitig in alle Richtungen Grüne Wellen zu schalten. Anlagenbezogen gibt es sicherlich Optimierungsmöglichkeiten, jedoch sollte immer das Gesamtsystem zur Nutzung für die Allgemeinheit, insbesondere für die schwächsten Teilnehmer (Kinder, Geh- und Sehbehinderte) im Vordergrund stehen.“

StR Kolesch ist der Ansicht, dass eine Optimierung möglich ist. Insbesondere die Fahrradampeln, zum Beispiel in der Wielandstraße, erscheinen ihm schwierig. Hier hat er bereits mehrmals um Verbesserung gebeten, was aber nicht geschehen ist. Er ist der Ansicht, dass es eine Gesamtschreibung geben müsste, so dass die Ampeln in einer Hand sind. Die von der CDU angeregte Verkürzung der Schaltzeiten hat sich seiner Ansicht nach bewährt. Er wundert sich über den Vorschlag der Verwaltung zur Verlängerung der Schaltzeiten. Er ist auch gegen eine Verlängerung der Betriebszeiten der Anlage in der Ulmer Straße/Hubertus-Liebrecht-Straße bis 18:00 Uhr.

StR Rahm wundert sich, dass so viele Leute mit den Ampeln beschäftigt sind. Er fände es ebenfalls besser, wenn es weniger wären. Bei den Unfallzahlen geht es ihm nicht um die Anzahl, sondern um die Schwere der Unfälle bei ausgeschalteter Ampel. Er möchte wissen, ob die Schwere der Unfälle erfasst ist.

StRin Bopp gibt grundsätzlich ihre Zustimmung, wundert sich aber auch, dass so viele für Ampeln zuständig sind. Sie erkundigt sich, ob man es steuern kann, dass weniger Leute zuständig sind.

StRin Sonntag befürwortet eine Lösung für die Bergerhauser Straße, da es sich hier um einen Schulweg handelt.

StR Braig interessiert sich für die Statistik der Unfälle.

Herr Rechmann erläutert, dass die Unfälle bei der Polizei gewertet wurden, weist aber darauf hin, dass die Unfälle nicht von den Ampeln verursacht wurden. Jeder Unfall ist ein schlechter Unfall. Bei der Zuständigkeit bei den Ampeln handelt es sich um eine gewachsene Struktur. Man könnte

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 23.01.2017

alles auf einmal ausschreiben, so dass derjenige, der den Zuschlag erhält, alles überplanen darf. Dies ist aber eine Frage der Kosten. Die Schaltzeiten wurden nur verlängert, nicht verkürzt. BM Kuhlmann hat sich dagegen ausgesprochen. Die Blindentaster sind so gut wie fertig. Lediglich der beim KSV in der Ehinger Straße fehlt, hier ist jedoch kein Bedarf.

Herr Rechmann erläutert die übrigen Fragen.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 3. Vergabe von Turnusarbeiten für das Rechnungsjahr 2017 2016/098

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/098 zur Beschlussfassung vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Jahresarbeiten 2017 werden gemäß den Turnusbestimmungen an die in Anlage 1 genannten Unternehmen übertragen.

TOP 4. Parkraumbewirtschaftung im Maliweg und in der Schönfeldstraße 2016/116
- Einführung einer Bewohnerparkregelung und Parkscheinautomat
- Kennzeichnung als Tempo 30-Zone

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 2016/116 zur Beschlussfassung vor.

StR Hagel findet das Ganze schlüssig und sinnvoll. Seine Fraktion gibt hier die Zustimmung.

StR Rahm hat die Vorlage nicht verstanden. Bisher war dort das Schild „Anlieger frei“. Seine Fraktion ist dafür, die Regelung so zu lassen wie bisher.

StR Heinkele sieht, dass ein Bedarf an Parkplätzen da ist. Zum einen Parken dort die Patienten der Arztpraxis in der Waldseer Straße und zum anderen sind dort die zwei Kirchen.

StRin Sonntag befürwortet Stellplätze für Anwohner.

StR Kolesch ist gespannt auf die Argumente des Ordnungsamtes.

Frau Länge erklärt, dass das Ordnungsamt sich auch nach den Fragen des Gremiums für die vorgeschlagene Regelung ausspricht. Die Fahrzeuge parken teilweise die ganze Woche. Dies soll vermieden werden. Auch die Besucher der Kirchen parken dort. Es handelt sich um stadtnahe Parkplätze, jedoch soll kein Dauerparken möglich sein. Der Vollzugsdienst kann mit der neuen Regelung besser kontrollieren. Gegen die Einrichtung einer Tempo-30-Zone spricht aus ihrer Sicht nichts.

BM Kuhlmann bekräftigt, dass diese Regelung für die Anwohner der richtige Weg ist. Auf die Einrichtung einer Tempo-30-Zone kann er gerne verzichten, da man hier ohnehin nicht schneller fahren kann.

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Im Maliweg und in der Schönfeldstraße wird eine Bewohnerparkregelung eingeführt. Hierzu erteilt der Bauausschuss sein Einvernehmen.**
- 2. Zusätzlich werden die Parkplätze in diesem Bereich mit einem Parkscheinautomat bewirtschaftet.**
- 3. Das Einvernehmen zur Einrichtung einer Tempo 30-Zone in beiden Straßen wird erteilt.**

TOP 5. Baugebiet "Breite", Rindenmoos

2016/103

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/103 zur Vorberatung vor.

Frau Christ erläutert, dass aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken die Ausweisung des Wohngebietes „Breite“ erforderlich ist. Das Baugebiet soll im Übrigen „Breite III“ heißen, da es bereits andere Bebauungspläne mit diesem Namen gibt. Das Stadtplanungsamt hat hierzu städtebauliche Zielvorstellungen definiert und ein Strukturkonzept in zwei Varianten erarbeitet. Auf Basis der Variante zwei soll der Rahmenplan ausgearbeitet und im Anschluss der Bebauungsplan erstellt werden. Frau Christ erläutert die beiden Varianten. Am Dienstag wird der Ortschaftsrat Rißegg sich mit dem Thema befassen. Zu beachten ist, dass sich der Teilort Rindenmoos um circa 1/3 vergrößert. Alle Grundstücke konnten erworben werden. Es soll verschiedene Haustypen geben, aber keine Flachdächer, sondern eine an den bisherigen Ort Rindenmoos angepasste Bebauung. Mehrfamilienhäuser sollen maximal zweigeschossig plus Dach werden. Eine Grundstücksgröße von 550 bis 650 m² ist vorgesehen. Es gibt lediglich circa zwei Mehrfamilienhäuser pro Bauabschnitt. Insgesamt ist das Baugebiet in drei Bauabschnitte gegliedert.

StR Kolesch bestätigt, dass es zu wenig Bauplätze gibt. Er spricht auch den Dank an den Ortsvorsteher und den Ortschaftsrat aus. Er bittet darum, weiter dran zu bleiben am Kauf von weiteren Grundstücken. Ihn hätten die weiteren Wünsche im Ortschaftsrat interessiert. Diese fehlen in der Vorlage. Er weiß, dass der Ortschaftsrat eine zweite Zufahrt für den Bauabschnitt II und III wünscht und außerdem eine zusätzliche Bushaltestelle bevorzugen würde.

Seine Fraktion gibt ihre Zustimmung.

StRin Holl findet es gut, dass hier die Häuser an den Ortsteil Rindenmoos angepasst werden. Ihrer Ansicht nach müsste man die Vergaberichtlinien für die Bauplätze ändern. Hier sind in erster Linie die Familien im Fokus, aber es sollen auch Einzelpersonen einen Zuschlag bekommen.

StRin Bopp sieht ebenfalls, dass der Bedarf an Bauplätzen da ist. Man sollte hier durchstarten. Sie bevorzugt Variante zwei und findet es positiv, dass keine Flachdächer kommen. Sie ist ebenfalls dafür, die Vergaberichtlinien zu ändern. Kinderlose Paare oder Einzelpersonen sollen ebenfalls zum Zug kommen.

StR Weber findet die Vorlage schlüssig. Er bittet darum, darauf zu achten, dass die Infrastruktur auch angepasst wird. Er sieht den Flächenverbrauch sehr kritisch. Rindenmoos verdoppelt sich quasi.

StR Kolesch erklärt, dass es bereits 1999 eine Flaute bei den Bauplätzen gegeben hat. Dann hat man verschiedene Baugebiete erschlossen und den Bedarf gedeckt. Trotzdem benötigt man Vergaberichtlinien.

BM Kuhlmann bestätigt, dass ein Bedarf da ist. Menschen die hier in Biberach arbeiten möchten auch hier wohnen.

OV Imhof erläutert, dass der Ortschaftsrat das Thema bereits behandelt hat. Bei der Sitzung war großes Interesse von der Bevölkerung da, circa 30 – 35 Leute waren anwesend. Für Rindenmoos ist dies eine enorme Fläche. Dies macht auch allen Angst, zumal es sich bisher um eine intakte Dorfstruktur handelt. Der Bedarf ist da, er bittet jedoch darum, die Erschließung in mehreren Schritten durchzuführen. Rindenmoos soll nicht durch das Baugebiet überrannt werden. Außerdem soll die Dorfmitte gestärkt werden.

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat mehrheitlich (mit einer Gegenstimme von StR Weber) entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:

- 1. Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 16-018 vom 15.12.2016, gekennzeichnete Gebiet wird das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Breite“ auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 BauGB eingeleitet.**
- 2. Auf Basis der Variante 2 des Strukturkonzeptes soll der Rahmenplan für das Wohngebiet „Breite“ erarbeitet werden.**

TOP 6. Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Hauderboschen" 2016/106
- Billigung der Offenlage -

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2016/106 zur Vorberatung vor.

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/114 zur Beschlussfassung vor.

Die beiden Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden in einem Zug behandelt.

Frau Christ erläutert anhand von Plänen den Bebauungsplan mit den örtlichen Bauvorschriften. Sie weist darauf hin, dass im Gegensatz zu den letztjährigen Bebauungsplänen, hier zum einen eine Dachbegrünung bei den Mehrfamilienhäusern vorgesehen ist und zum anderen ein Pflanzgebot eingebracht werden soll. Nach diesem Pflanzgebot soll je 400 m² Grundstücksfläche ein Baum gepflanzt werden.

StR Kolesch weist darauf hin, dass eines der ersten Gebäude der Kindergarten sein soll. Man muss den Kindergarten jetzt planen und das Baugesuch einreichen, damit dieser auch fertig ist, wenn das Baugebiet entsteht. Über den Paradigmenwechsel bei der Dachbegrünung und dem Pflanzgebot ist er sehr erstaunt. Er hat deshalb auch bei der Verwaltung angerufen. Seiner Ansicht nach hätte man darauf hinweisen müssen in der Vorlage. Diese beiden Punkte verteuern den Wohnraum unnötig. Er **stellt** den **Antrag**, diese Punkte aus der Vorlage bzw. dem Bebauungsplan herauszunehmen. Von einer Zwangsbeglückung durch das Pflanzgebot hält er nichts. Außerdem wurde ihm auch telefonisch zugesagt, dass die Hecke anstatt 1,50 m/1,80 m auf 2,30 m erhöht werden soll. Er möchte wissen, wie viel öffentliche Stellplätze vorhanden sein werden. 4,7 Millionen hält er für eine stolze Summe.

StR Keil möchte wissen, um wie viel die Baukosten durch die Dachbegrünung verteuert werden. Er möchte dies als Empfehlung formuliert haben. Bei den Bäumen sollen es hochstämmige Bäume sein.

StRin Gutermann hat grundsätzlich keine Bedenken. Die Dachbegrünung findet sie gut, das Pflanzgebot für einen Baum befürwortet sie nicht.

StR Weber begrüßt das stadtnahe Baugebiet grundsätzlich. Eine Fassadenbegrünung findet er gut. Den Kindergarten soll man seiner Ansicht nach auch gleich mitplanen. Bei der Gestaltung ist ihm aufgefallen, dass dies alles sehr städtisch ist. Das Talfeld lässt grüßen. Es gibt tolle Hinweise von der Verwaltung. Die Grünfläche in der Mitte findet er gut. Anstatt der Hecke kann er sich auch eine Obstwiese vorstellen. Die Dachbegrünung soll seiner Ansicht nach nicht gleich abgesetzt werden, darüber soll man nachdenken.

StR Weigele möchte wissen, welche Kosten diese Auflagen verursachen. Ihm ist auch aufgefallen, dass die Grundflächenzahl von 0,4 auf 0,5 erhöht werden kann. Auch die Geschoszahl kann seiner Ansicht nach bei den Mehrfamilienhäusern auf 4 Geschosse erhöht werden. Es können auch oberirdische Stellplätze errichtet werden.

StR Braig ist gegen eine Dachbegrünung.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Anzahl der Stellplätze und die Wohneinheiten grundsätzlich grob berechnet wurden. Aus der Anzahl der Stellplätze und der Fläche ergibt sich eine Geschoszahl von drei und nicht von vier, da ansonsten die Stellplätze nicht hergestellt werden können. Die Abstandsfläche sollte man nicht verdichten. StR Kolesch hat zurecht Kritik geäußert wegen dem Paradigmenwechsel, der in der Vorlage nicht erwähnt wurde. Er **sagt zu**, dem Gremium vor der Gemeinderatssitzung noch Zahlen zu liefern und schriftlich zukommen zu lassen in Bezug auf die Dachbegrünung und deren Kosten.

StR Heinkele gibt zu bedenken, dass man die Sana-Klinik bei der Dachbegrünung einfach hat durchlaufen lassen.

StR Weber findet eine Dachbegrünung richtig. Es gibt immer weniger Vögel und der Klimaschutz ist sehr wichtig. Er bittet darum, zumindest die nächste Sitzung abzuwarten, wenn die Zahlen vorliegen.

StR Kolesch bestätigt, dass der Antrag der CDU weiterhin steht. Er bittet um Abstimmung. Es sind ihm zu viele Vorschriften für den Bauherrn. Das Bauen soll preisgünstig sein.

StR Keil würde eine Fassadenbegrünung, wie von StR Weber vorgeschlagen, auch begrüßen. Das Pflanzgebot für einen Baum möchte er als Empfehlung im Bebauungsplan haben.

BM Kuhlmann **sagt zu**, die Anzahl der Wohneinheiten im Plan an das Gremium zu geben, dies soll nicht als Ergänzung der Vorlage gemacht werden.

Frau Christ erklärt, dass es sich um eine Angebotsplanung handelt. 20 % der baurechtlich notwendigen Stellplätze werden als öffentliche Stellplätze hergestellt. Hier sind es 83 Stellplätze im öffentlichen Raum, dies sind mehr als 20 %. Im Straßenraum kann geparkt werden.

StR Kolesch **stellt den Antrag**, dass

1. die Verpflichtung für die Dachbegrünung und
2. die Verpflichtung für das Pflanzgebot der Bäume

aus dem Bebauungsplan genommen wird.

Bei den Anträgen des StRes Kolesch ergibt es folgendes Abstimmungsergebnis:

1. Der Bauausschuss **lehnt** den Antrag, die Dachbegrünung aus dem Bebauungsplanfestsetzungen zu streichen mehrheitlich (mit 8 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen) **ab**.

Der Antrag, das Pflanzgebot für die Bäume aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu streichen wird mehrheitlich (mit 12 Ja- und 3 Nein-Stimmen) befürwortet.

Mit diesen Vorgaben bzw. Vorbehalten bis zur Gemeinderatsitzung empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:

- a) Die in Drucksache Nr. 2016/106 beigefügten Abwägungsvorschläge zu den Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange werden gebilligt.**
- b) Der Bebauungsplan „Hauderboschen“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 931/22 vom 04.01.2017 Index 1 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- a) Der Planung des Baugebietes Hauderboschen wird zugestimmt.**
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Erschließungsmaßnahme umzusetzen.**

**TOP 7. Erschließung Baugebiet Hauderboschen - Vorstellung Planung und 2016/114
Baubeschluss**

Die beiden Tagesordnungspunkte 6 und 7 wurden in einem Zug behandelt.

TOP 8. Hochwasserschutz Stafflangen-Hofen

2016/095

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/095 zur Kenntnisnahme vor.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 9. Neue Bemessungsgrundlage für die Unterhaltung der Straßen 2016/111

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/111 zur Kenntnisnahme vor.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 10. Neubau Kindergarten Talfeld Vergaben 3

2016/107

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/107 zur Kenntnisnahme vor.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 11.1. Bekanntgaben - Schadenhof

BM Kuhlmann gibt bekannt, dass die Stufen beim neu gestalteten Schadenhof zu keinerlei haftungsrechtlichen Problemen führen kann. Dies wurde mit der Versicherung abgeklärt. Unabhängig davon werden im Frühjahr Markierungen auf der Kante aufgebracht, so dass die Stufen sichtbar sind.

StRin Gutermann erkundigt sich nach den Bäumen am Schadenhof.

BM Kuhlmann erklärt, die Bäume seien zum Teil schon gepflanzt.

TOP 11.2. Bekanntgaben - Radweg Bachlangen

StR Hagel erkundigt sich, bis wann der Radweg fertig ist.

Herr Rechmann erklärt, dass dies vor zwei Wochen mit dem Landratsamt durchgesprochen wurde.

TOP 11.3. Bekanntgaben - Plakatierung beim Bader-Haus und in der Hindenburgstraße

StRin Gutermann erkundigt sich, was mit der Plakatierung am Bader-Haus, Kirchplatz 7, und in der Hindenburgstraße passiert. Die Sachen hängen immer noch.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Sache bereits vor dem Landgericht in Ravensburg verhandelt wurde. Hierbei wurde ein Vergleich geschlossen. Die meisten Formulierungen dürfen stehen bleiben, da er als Dezernent dies aushalten müsse. Lediglich drei Formulierungen mussten geschwärzt werden, da dies nicht erfolgt ist, hat er die Sache seinem Rechtsanwalt gegeben.

StR Kolesch fügt hinzu, dass die Plakatierung gegen die Stadtbildsatzung verstößt.

TOP 11.4. Bekanntgaben - Vandalismus bei der Rathaustüre

StRin Bopp weist darauf hin, dass bei der beschädigten Rathaustüre herausgekommen ist, dass hier nicht das vorgeschriebene Sicherheitsglas eingebaut wurde. Sie weiß nicht, ob das eingebaute Glas dem entspricht, was beim Einbau bestellt und auch bezahlt wurde. Sie weiß auch, dass in mindestens zwei Kindergärten ebenfalls kein Sicherheitsglas eingebaut wurde, obwohl dies Vorschrift ist. Sie schlägt ein entsprechendes Gerät zu kaufen, welches dies überprüfen kann.

Herr Kopf erklärt, dass beim Rathaus die Ausschreibung richtig war und das Glas aber falsch eingebaut wurde. Hier wird dem noch nachgegangen.

Bauausschuss, 23.01.2017, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Baubürgermeister Kuhlmann

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Krug

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: EBM Wersch